

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angeschlossen. Redaktion: SW. 68, Cindenzstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292-297. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin.

Berlin und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 9-5 Uhr. Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Cindenzstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292-297.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

## Außenpolitik im Landtag.

### Deutschnationale Attacken. — „Simulose Zumutungen“ erklärt der Sprecher der Volkspartei.

Der Landtag setzte heute die zweite Beratung des Haushalts des Innenministeriums fort.

Abg. Bachem (Dnat.) bittet das Staatsministerium um Auskunft, ob tatsächlich zu der Anwesenheit Hindenburgs im Rheinland Zehntausende von Reichsbannerleuten aus allen Teilen des Reiches erscheinen würden. (1) (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Das geht Sie doch nichts an!) Das würde sehr wohl die Deutschnationalen interessieren, besonders, wenn es zuträfe, daß für die Reichsbannertransporte öffentliche Mittel zur Verfügung gestellt werden. Für die Politik des Reichsbanners hätten sich mehrfach Organe der Befehlsbehörden eingesetzt. So hätten beim Empfang Marx' im besetzten Gebiete französische Offiziere für das Reichsbanner gesprochen. (Lebhafte Zurufe links: Das ist ja Schwindel!) Der Reichspräsident von Hindenburg sei auch von einem führenden Organ des Reichsbanners, von dem Zentrumskomitee in Kreuznach, bei seinem Amtsantritt wenig freundlich begrüßt worden. Man habe ihm gesagt, er sei körperlich und geistig unfähig zur Bekleidung des Reichspräsidentenamtes. (Lebhafte Zurufe links: Das hat Hindenburg selbst gesagt!) Das besetzte Gebiet verdanke dem Reichsbanner nichts. (Sehr wahr! rechts, Gelächter links.) Es verdaute vor allem auch vieles den vaterländischen Organisationen, die die größten Opfer dieses Kampfes gebracht haben. (Lebhafte Zurufe bei den Kommunisten: So seht Ihr aus, 700 Millionen habt Ihr geklaut.)

Abg. Jacoby-Kauff (S.) wendet sich erregt gegen die Angriffe des Abg. Bachem auf die Kreise des Zentrums, die dem Reichsbanner nahestehen.

Das Zentrum müsse sich entschieden verhalten, daß es immer von Seiten der Deutschnationalen in verdorbenster, intrigantester Weise als undeutsch hingestellt werde. Es lehne eine solche hinterhältige Taktik auf das entschiedenste ab.

Damit schließt die allgemeine Debatte. Die angefochtenen Etatartikel werden später zur Abstimmung gelangen.

Es folgt die zweite Beratung des Haushalts des Staatsministeriums und des Innenministeriums.

Berichterstatter Abg. Vief (Komm.) verweist darauf, daß der Etat des Staatsministeriums einen Zuschuß von über einer Million erfordert. Der Hauptausschuß habe Einsparungen von 50 800 M. durch Wristriche vorgenommen, durch die auch der Posten eines Ministerialdirektors für den Reichsrat gestrichen wird. Der Hauptausschuß fordert in einigen Anträgen Zustimmung über die ergriffenen Maßnahmen zur Bänderung bzw. Zusammenziehung der Rottlage der Reichheit der Bevölkerung, insbesondere zur Ueberwindung der Erwerbslosigkeit und erucht, unilichst bald eine Verteilung Preußens in den Hanfschäden mit dem Sitz in Hamburg einzurichten. Die Eingabe der Bereinigten Schleswiger Bürgervereine um ein Zurückverlegen des Oberpräsidiums von Riel nach Schleswig soll dem Staatsministerium zur Erwägung überwiesen werden.

Die Besprechung, mit der u. a. die Beratung einer deutschnationalen Großen Anfrage über die Rückwirkungen des Locarno-Vertrages und die eines demokratischen Antrages über die Herabsetzung der Stärke der Besatzungstruppen verbunden ist, eröffnet.

Abg. Leid (Soz.)

der darauf hinweist, daß die Länder an einer guten Außenpolitik des Reiches stark interessiert sind. Auch in Preußen müssen wir eine Reichspolitik unterstützen, die die Ausnahme Deutschlands in den Völkerbund will. Die Aufnahme ist noch nicht vollzogen. Das bedeutet: keinen Zusammenbruch der bisherigen Politik, wie die Rechte und die Kommunisten meinen. Der Gedanke ist gesund und muß weiter gefördert werden. Der Völkerbund, wie er jetzt ist, ist auch nicht unser Ideal. (Zurufe bei den Kommunisten.) Wir wünschen keine Gewaltpolitik, keine Kriegspolitik nach innen oder außen. Die Konsequenzen der Gewaltpolitik haben wir gesehen. Wir als Vertreter der Arbeiter wollen eine Politik der Verständigung und haben deshalb auch die Cuno-Politik abgelehnt, die zu Repressalien geführt hat. Wir müssen zu vernünftigen Handelsverträgen mit anderen Ländern kommen. Es wäre ein Verbrechen am deutschen Volke, die zusammengebrachte Gewaltpolitik wieder aufleben zu lassen. Deshalb wenden wir uns auch gegen die monarchistischen Verbände, die Träger dieser Gewaltpolitik. Der Innenminister muß sie bekämpfen. Daher auch die starken Angriffe gegen ihn! Deshalb aber auch die Unterstützung der Sozialdemokratischen Partei!

Der monarchistische Gedanke ist nicht mehr diskreditiert worden als von den Fürsten selbst, besonders von den Hohenzollern. Der frühere Träger der Krone hat seinem Volke nicht die Treue gehalten. (Unruhe und Zurufe rechts.)

Zu einer großen Gefahr hat sich auch unsere Rechtsprechung entwickelt, die mehr und mehr unter dem Prinzip der Unabsehbarkeit der Richter zu einer Klassenjustiz geworden ist. Der Redner begrüßt alle Bestrebungen, die der Förderung des Gedankens der deutschen Einheitsrepublik dienen.

Abg. Winkler (Dnat.) erklärt, er hätte gern gesehen, daß der Reichstag den Vortritt gehabt hätte, um zu dem Ergebenis von Genf Stellung zu nehmen. Der Reichstag hat anders entschieden.

Zu seinen weiteren Ausführungen gibt Winkler für seine Fraktion eine Erklärung ab, die als besondere Form des Misstrauensantrages für die preussische Regierung bezeichnet und mit der Außenpolitik der Reichsregierung begründet wird! Die preussische Regierung veräume es, ihren Einfluß bei der Reichsregierung dahin einzusetzen, das Annahmegericht zurückzuführen. Unter dem lebhaften Beifall seiner Fraktion führte der Redner weiter aus: Die Minister, die die Opposition in ihrer Heimat scheuen, treffen ein Sicherheitsabkommen, um ihrem Parlament gegenüber das Gesicht wahren zu können. (Sehr gut! bei den Deutschnationalen.) Wir aber erheben den schweren Vorwurf gegen unsere Vertreter gerade wegen dieses Abkommens. Scheinen sie doch offenbar wieder eigenmächtige Bindungen eingegangen zu sein, nachdem sie durch das eigenmächtige Eingehen auf die Verhandlungen hinter dem

Rücken ihrer Ministerkollegen durch die Zustimmung zum Locarnovertrag das ganze Unheil heraufbeschworen haben. Und der Erfolg! Rußland abgetrieben, Italien unser Feind, Spanien verstimmt, die Beziehungen zu Südamerika gefährdet, wir aber hineingezogen in das Widerpiel zwischen England und Frankreich, die bisher schon auf Kosten Deutschlands jedesmal von Fall zu Fall sich verständigt haben und in Zukunft das erst recht tun werden. Polen aber — ich erinnere daran, daß wir freie Hand bekommen sollten! — Polen heute zu neuen Ansprüchen aufgestachelt und neugesichert in diesen Grenzen. Wir haben das Werk von Locarno verurteilt, als es fertig war. (Lachen links. — Zuruf bei den Deutschnationalen: Bisher wurde es ja geheim gehalten!) Wir haben die schwersten Befürchtungen an die Locarnopolitik geknüpft. Aber die ausschweifendste Phantasie hätte nicht ein Bild eines solchen Zusammenbruchs sich ausmalen können, wie wir es jetzt vor Augen haben. In einem Kattenkönig von Intrigen würden wir neu verstrickt werden, wenn wir in dem Völkerbund Aufnahme erhielten, in diesem Völkerbund, der eine verbrecherische Verschwörung gegen die Freiheit der Nationen darstellt. Ich hoffe, daß der preussische Ministerpräsident durch seine Erklärung dieses unter Misstrauen bestätigten und rechtfertigten wird. (Stürmischer Beifall bei den Deutschnationalen. — Unruhe und Gegenübergebungen links und in der Mitte.)

Abg. Grebe (Zr.) erinnert an die Ausführungen der „Bayerischen Staatszeitung“ über die Genfer Vorgänge, die von der bayerischen Regierung zurückgewiesen worden sind. Er knüpft daran den Hinweis, daß Führer der Deutschnationalen im preussischen Landtag nicht im Interesse der deutschen Einheitsfront nach außen gesprochen haben. (Lebhafte Zustimmung links und in der Mitte.)

Abg. Dr. Leidig (D. Vp.) weist die hemmungslose Opposition der Deutschnationalen gegen die Außenpolitik der Reichsregierung scharf zurück.

Wir fördern nicht Deutschlands Interessen, wenn wir dem Ausland zeigen, daß die einzelnen Länder in der Außenpolitik nicht eine geschlossene Front bilden.

Dr. Winkler ist den Schwierigkeiten der deutschen Außenpolitik nicht gerecht geworden. Es ist im Augenblick umhüllich, bereits ein Urteil über die deutsche Politik in Genf abzugeben; es muß zunächst Klärung von berisener Stelle abgewartet werden, diese Klärung wird am Montag erfolgen. Die scharfe Kritik der Deutschnationalen ist kaum zu verstehen, wenn man sich daran erinnert, daß ohne die Fortführung der Locarnopolitik die Lage der deutschen Landwirtschaft sich katastrophal gestalten muß.

Die Locarno-Politik ist fast bereits seit einem Jahre die Grundlage für unsere wirtschaftliche Existenz; das sollten auch die Kreise der Landwirtschaft, die bei den Deutschnationalen sehr stark vertreten sind, nicht vergessen. Schließlich haben wir zurzeit bereits zwei Millionen Arbeitslose, und nun herantommen und eine Politik zu empfehlen, die noch weitere zwei Millionen Arbeitslose schafft, das ist eine Verantwortungslosigkeit, die jedes Maß übersteigt.

Uns zugunsten, dem preussischen Ministerpräsidenten wegen der Außenpolitik unseres Parteiensundes Stresemann ein Misstrauensvotum zu erteilen, ist eine sinnlose Zumutung. (Beifall in der Mitte. Heiterkeit links.)

Der preussische Ministerpräsident wird, wie wir hören, erst am Dienstag in die Aussprache über den Etat eingreifen. Die Aussprache im Landtag dauert fort.

### Die Oppositionsparteien beim Reichskanzler.

Der Reichskanzler und der Reichsaußenminister empfangen heute vormittag die Führer der großen Oppositionsparteien, und zwar für die Deutschnationalen den Grafen Westarp und für die Sozialdemokraten Hermann Müller und Wels. Später wird der Reichskanzler auch den Abgeordneten Drewitz für die Wirtschaftliche Vereinigung empfangen. Entgegen der Meldung eines Berliner Mittagsblattes hat sich der Reichsrat mit den Vorgängen in Genf überhaupt nicht beschäftigt. Eine Stellungnahme des Reichsrats ist auch nicht vorgesehen.

### Ein badisches Lehrerbildungsgesetz.

Karlsruhe, 20. März. (Eigener Drahtbericht.) Der badische Landtag beriet am Freitag das neue Lehrerbildungsgesetz, das von dem sozialdemokratischen Kultusminister Kemme eingebracht worden war. Es lehnt zwar die Hochschulbildung für die zukünftigen Lehrer ab, sieht aber die Zulassung zur Lehrerbildungsanstalt mit dem Reifezeugnis einer höheren Schule (Bollanstalt) oder nach Primareife einer höheren Schule nach dem Besuch eines Vorkurses und der Schulprüfung vor. Der Unterricht an den neuen Lehrerbildungsanstalten ist unentgeltlich. Für Kost und Verpflegung der Studierenden werden Heime errichtet. Es handelt sich um den praktischen Versuch, auch die Kinder minderbemittelter Volksschichten zum Lehrerberuf heranzuziehen.

Von den Demokraten und der Deutschen Volkspartei wird gegen das Gesetz eine heftige Opposition geführt. Da aber Zentrum und Sozialdemokraten mit ihren 44 Stimmen von 72 Stimm des badischen Landtages dafür eintreten, ist die Annahme gesichert.

### Der Tod Schulzes.

Die Korrespondenz BS. meldet, daß die gerichtliche Obduktion der Leiche Schulzes erst am Montag vorgenommen wird. Wenn die Korrespondenz hinzusetzt, daß Schulze in den etwa 16 Tagen seines Gefängnisarrests 20 bis 30 Pfund abgenommen habe und daß die ärztliche Behandlung ähnlich wie im Fall Höfle verlobt habe, so läßt sich das zunächst nicht nachprüfen. Man wird aber erwarten dürfen, daß die kriminelle Untersuchung volle Aufklärung gibt.

## Tschechisches Koalitions-Chaos.

### Der Verständigungsweg der deutschen Sozialdemokraten.

Aus Prag wird uns geschrieben: Am 16. März wurde der Misstrauensantrag der Oppositionsparteien im tschechoslowakischen Abgeordnetenhaus mit 155 gegen 103 Stimmen abgelehnt. Aber die Regierung Tschechia ist schon am darauffolgenden Tage über die Gegensätze innerhalb der Koalition gestürzt.

In der allnationalen Koalition, die allen tschechischen Parteien unentbehrlich erscheint zur Aufrechterhaltung des tschechischen Charakters dieses Nationalitätenstaates, sind seit den Novemberwahlen, die den tschechischen Sozialdemokraten eine so empfindliche Niederlage brachten, die stärker und selbstbewußter gewordenen bürgerlichen Parteien weniger denn je geneigt, auf ihre Klassenforderungen zu verzichten. Die tschechischen Sozialdemokraten vermögen zwar diesen Forderungen ihr „Rein“ entgegenzustellen, können aber die anderen Parteien nicht zum Nachgeben bewegen. Vom Augenblicke der Bildung der zweiten Regierung Sochla an haben diese Gegensätze die Regierungstätigkeit gehemmt, die parlamentarischen Arbeiten gelähmt. Es gibt nichts, worüber die Koalition einig wäre, es sei denn die Einigkeit über die Notwendigkeit, den tschechischen Charakter des Staates zu wahren und zu festigen. — Zur Deckung der Ausgaben für die Erhöhung der Staatsangestelltenbezüge wollen die bürgerlichen Parteien die Steuern und Zölle auf Lebensmittel erhöhen. Dieser Verteuerung können die Sozialdemokraten nicht zustimmen. Die Agrarier verlangen die Einführung fester Zölle auf Getreide und Mehl. Die tschechischen Sozialdemokraten sehen darin eine Kriegserklärung. Die Arbeiter wollen die Erhöhung der Kongrua (des Staatsgebhalts für die Pfarrer) — die Sozialdemokraten müssen die Zuschussung von 60 Millionen Kronen an die Geistlichen ablehnen. Die Sozialdemokraten bestehen darauf, daß die Militärdienstzeit — wie es im Wehrgesetz vorgesehen ist — in diesem Jahre von 18 auf 14 Monate herabgesetzt wird. Die anderen wollen unverminderte Beibehaltung um „die Schlagkraft der Armee des rings um Feinden umgebenen Staates nicht zu schwächen“.

Zwar wurde mit den oppositionellen slowakischen Nationalisten verhandelt, um sie zur Mehrheitbildung mit heranzuziehen, und die Slowaken haben sich dem auch beim Misstrauensantrag der Stimme enthalten — aber die Einbeziehung dieser reaktionärsten aller Parteien würde den abnehmen schon dieser geringen sozialdemokratischen Einfluß nur noch weiter schwächen. Die naheliegendste Lösung aber, das Ausschleiden aus der Koalition und die Verständigung mit den deutschen Sozialdemokraten, die Ersetzung der nationalen Fronten durch die Klassenfronten, erscheint den tschechischen Sozialdemokraten als ganz undiskutabel. Denn daß der Staat ein „tschechischer Nationalstaat“ bleiben muß, ist auch für sie Selbstverständlichkeit. Auch die tschechischen Sozialdemokraten wollen von den Autonomieforderungen ihrer deutschen Genossen nichts wissen.

Das Kabinettsamt Czerny kann die festen Getreidezölle im Verordnungswege einführen, was zwar nicht ganz gefehlt ist, aber die Koalitionsparteien nicht belastet, so daß sie sich nachher doch wieder zur Bildung der allnationalen Koalition zusammensuchen können.

Zur Lösung der nationalen Gegensätze, die durch die Sprachenverordnung neu entzündet wurden, gibt es nur einen Ausweg: die Verständigung zwischen den Nationen, die Gewährung der nationalen Selbstverwaltung. Die deutschen Sozialdemokraten haben just in dem Augenblicke, da die tschechischen Nationalisten über den Entschluß der Sprachenverordnung sich in einen wahren Wackertanz hineingeludelt haben, da die deutschen Nationalisten neue Kraft aus dem Wüten des tschechischen Chauvinismus gewinnen, im Abgeordnetenhaus folgenden Verständigungsantrag eingebracht:

Die Regierung wird aufgefordert, in der Frühjahrsession 1926 einen Antrag einzubringen, durch welchen die nationalen Verhältnisse in der tschechoslowakischen Republik geregelt werden. Hierbei sind folgende Grundzüge zu beachten: 1. Die Verwaltung des Staates ist nach national möglichst einheitlichen Verwaltungsgebieten zu gliedern und innerhalb dieser Gebiete nach den Grundätzen der vollen demokratischen Selbstverwaltung zu ordnen. 2. Die nationalkulturellen Angelegenheiten aller Nationen sind durch jede Nation selbstständig durch autonome Organe zu besorgen. Hierbei sind insbesondere die Grundzüge des Antrages Hlebbrand und Genossen über die nationale Schulautonomie zu verwirklichen. 3. Der verfassungsrechtliche Schutz gegen Entnationalisierung ist durch Erlassung der notwendigen Durchführungsbestimmungen wirksam zu machen.

Ferner wurde beantragt, einen zweihundertdreißigkledrigen Nationalitätenausschuß einzusetzen und diesem den vorliegenden Antrag zur Berichterstattung binnen Monatsfrist zu übergeben.

Genosse Dr. Czerny verwies in seiner Begründungsrede darauf, daß gerade die deutschen Sozialdemokraten die Legitimation zum Kampfe wider den tschechischen Nationalismus haben, weil sie im alten Oesterreich unermüdet gegen den deutschen Chauvinismus gekämpft haben. Er verwies auf die Geschichte des tschechischen Volkes, die erfüllt war von Kämpfen gegen das andersnationale Diktat, und darauf, daß die polnischen Sozialisten in ihrem Lande ihre Mission erkannt haben und für die Rechte der Minderheiten eintreten, und schließlich auf das Beispiel der Sozialdemokraten im Kärntner Landtage, die eine Verständigung mit der kleinen slowenischen Minderheit anstrebten. Nur in der Tschechoslowakei, in diesem Lande mit so starken





